

## Keine Experimente mit einem neuen Menschen!

Auf Antrag des Bundesarbeitskreises „Humanökologisches Grundeinkommen“ wird der Bundestag am 1. Mai 2017 darüber entscheiden, ob die ÖDP das politische Ziel eines „Grundeinkommens für Mensch und Umwelt“ in ihr Programm aufnimmt. Wir, die Arbeitsgruppe „Realistische Sozialpolitik statt Grundeinkommen-Utopie“, sprechen uns aus vielen Gründen dagegen aus.

Großartige Ideen, die eine Vielzahl real existierender Probleme zu lösen versprechen, machen uns vorsichtig – vor allem, wenn gravierende Veränderungen des Menschen erwartet oder gar vorausgesetzt werden. Die Idee eines Grundeinkommens tritt mit einem sehr großen Versprechen auf: Eine Vielzahl gesellschaftlicher und individueller Probleme sei durch eine einzige Maßnahme zu lösen. *Das glauben wir einfach nicht!*

Es ist eine riskante Annahme, dass die Menschen in einer Grundeinkommengesellschaft weiterarbeiten. Sollten sehr viele darauf verzichten, hätten wir eine dramatische Veränderung unserer Kultur hin zu „Brot und Spiele!“ zu bewältigen – mit der Versuchung zu destruktiver Tätigkeit, damit wenigstens „irgendein Kick“ ins Leben kommt.

Um angesichts der äußerst bedrohlichen Zustände auf unserem Planeten (Klimawandel, Verlust von Naturräumen, Ressourcenverknappung) das Überleben in der verbleibenden kurzen Zeit zu sichern, können wir uns keine Experimente mit unsicheren Hoffnungen auf den neuen Menschentyp, der ohne Leistungsanreize arbeitet, leisten. Wir wollen deshalb gezielte Veränderungen innerhalb der bekannten menschlichen Verhältnisse.

**Was wir für weitaus mach- und wünschbarer als das GEMU halten: ...**

### Absicherung für umstellungswillige Landwirte und Kohle-Ausstieg

Da die Landwirtschaft heutigen Zuschnitts ökologisch hochproblematisch ist, muss der Anteil der strikt ökologisch arbeitenden Betriebe sehr rasch, besser sofort erhöht werden. Dies könnte mit langfristigen Existenzsicherungsverträgen erreicht werden: Der Betrieb verpflichtet sich auf ökologische Standards bei Tier-, Gewässer- und Bodenschutz und erhält für diese Leistungen eine existenzsichernde Bezahlung. Ergebnis: billigere Öko-Produkte, Ende der mörderischen Billigexporte in Entwicklungsländer.

Und um möglichst sofort die Kohleverbrennung beenden zu können, brauchen wir ebenfalls erhebliche Mittel zur Absicherung und Umschulung vieler Menschen sowie zur Umstrukturierung ganzer Regionen.

## Gut, dass es Dich gibt!

*Liebe Anti-Grundeinkommens-Aktivisten in der ÖDP,*

Ihr nennt das GEMU eine riskante Utopie und glaubt nicht, dass sich „eine Vielzahl gesellschaftlicher Probleme durch *eine einzige Maßnahme* lösen lässt“ und dass die Menschen reif für diese Selbstbestimmung sind. Ihr glaubt vielmehr, dass wir unsere schwierigen Überlebensfragen nur „*innerhalb* der bekannten menschlichen Verhältnisse“ lösen können.

### **Wir antworten Euch darauf:**

Das GEMU ist keine Schlaraffenland-Utopie, es ist vielmehr ein Konzept, das in der Tat die Vielzahl an Problemen lösen kann, die durch *eine einzige Ursache* bedingt sind, nämlich durch den sehr ungleichen Zugang zum Lebensmittel Geld und alle damit verbundenen Abhängigkeiten und Zwänge. Die bekannten menschlichen Verhältnisse haben die Katastrophen geschaffen, die wir rings um uns sehen. *Wenn Ihr nicht soviel Hoffnung in die Menschen setzt, dass sie sich und diese Verhältnisse ändern können, wie könnt Ihr dann überhaupt etwas für die Zukunft erhoffen?*

Zu einem realistischen Menschenbild gehört doch auch, zu sehen: auf die Jagd nach Geld als *zwangsweise* Überlebensnotwendigkeit zu setzen, ist nicht der „positive Leistungsanreiz“, den Ihr Euch wünscht, sondern deformiert die Menschen vielfältig ... Selbstverständlich wird auch in der Grundeinkommengesellschaft von den meisten weitergearbeitet werden, denn Arbeit bedeutet viel mehr als bloßes Geldverdienen.

Wollt Ihr mit Eurem Misstrauen den Menschen gegenüber denen folgen, die einst vor der Menschenrechtsidee gewarnt und allgemeines Wahlrecht und Demokratie für eine riskante Utopie gehalten haben?

### **Zu Eurem Einwand "Absicherung für Landwirte ..."**

Die Existenzsicherung für Umstellungslandwirte und für freigesetzte Beschäftigte der ehemaligen Kohleindustrie ist im GEMU automatisch enthalten, aber ohne dafür eine spezielle Klientelpolitik aufzubauen!

Es besteht auch **keine „Dramatische Finanzierungproblematik“**. Denn es werden nicht nur Bürokratiekosten und viele Transferleistungen des Sozialsystems eingespart, sondern ein wesentlicher Finanzierungsbeitrag muss aus einem neuen Steuersystem mit mehr Steuergerechtigkeit und ökologischen Anreizen kommen. Und im Finanzsystem steckt soviel Geld (mit jedem Draghi-Monat wird's mehr) dass – *wenn wir es wollen* – mit z.B. 1% Finanztransaktionssteuer ein GEMU locker zu finanzieren wäre.